

Starke Kinder - Sichere Schule: Gemeinsam gegen Gewalt an Schulen

Am 7. 12. 2023 findet in der Bildungsdirektion Wien (BIDI) zum fünften Mal ein Runder Tisch statt, der sich mit Gewalt an Schulen und deren Folgen befasst.

Bildungsdirektor **Mag. Heinrich Himmer** zeigt sich in seinen Begrüßungsworten erfreut darüber, dass man in Wien über Herausforderungen offen sprechen kann. Landespolizeivizepräsident **Dr. Michael Lepuschitz** lobt die gute Zusammenarbeit mit der Bildungsdirektion, verweist aber auch auf die starke Zunahme von Gewaltbereitschaft und Suchtmittelmissbrauch.

Der Leiter der Rechtsabteilung in der BIDI **Mag. Johannes Thaler**, erläutert die Vorgangsweise bei Suspendierungen, Ausschlüssen und Anzeigen. Eine Suspendierung dürfe nicht als Erziehungsmittel gesehen werden. Sie wird ausgesprochen wenn Gefahr in Verzug ist und Personen gefährdet sind. Eine Entscheidung muss binnen zwei Tagen getroffen werden (Mandatsbescheid), Rechtsmittel dagegen können binnen zwei Wochen ergriffen werden. Die Suspendierung darf höchstens vier Wochen dauern.

Der Schulausschluss ist nur das letzte Mittel. Im öffentlichen APS Bereich wird er nur bei dauerhafter Gefährdung ausgesprochen. Im Bereich der öffentlichen Bundesschulen gibt es die Schulkonferenz mit Androhung des Ausschlusses.

Für Direktor:innen besteht eine Anzeigepflicht wenn sie dienstrechtlich strafrechtliche Handlungen wahrnehmen.

Oberst **Thomas Maier** von der Polizei verweist darauf, dass die von ihm besprochenen Vorfälle einen Schulbezug haben müssen, aber nicht unbedingt alle in der Schule stattfanden. Früher lag Vieles im Dunklen, jetzt werde es öfters an Licht gebracht. Er lobt die Präventionsprogramme, die als Zielgruppe alle Schulpartner haben.

Die Zahl der Delikte stieg von 137 im Schuljahr 18/19 auf 646 im Schuljahr 22/23, 841 Personen waren involviert, 87% davon männlich.

Happy Slapping wurde früher nur nachgestellt um sich darüber lustig zu machen, jetzt komme es zu tatsächlichen Körperverletzungen.

In Gewaltdelikte sind 7% der Burschen und 6% der Mädchen im Alter von 6 - 9 Jahren, 47% der Burschen und 59% der Mädchen im Alter von 10 bis 13 Jahren und 45% der Burschen und 35% der Mädchen im Alter von 14 bis 15 Jahren als Täter:in involviert.

Bei den Delikten stehen im Schuljahr 22/23 die Körperverletzungen (409) an erster Stelle, gefolgt von Diebstahl/Sachbeschädigung (121) und Freiheitsverletzungen (95).

Bei den Anzeigen nach Schultypen führt die Mittelschule (187) vor BHS/FS/FMS (63), AHS (50) und Volksschule (38).

Nach Suspendierungen werden Normverdeutlichungsgespräche¹ geführt.

Die Zusammenarbeit von LPD und ÖIF funktioniere gut, derzeit ist sie auf den 10. Bezirk fokussiert, wird auf den 23. Bezirk erweitert. Er erwähnt besonders Look@their life.²

Thomas Vezensky vom Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (LVT) berichtet von der Arbeit seiner Organisation. Wenn Radikalisierungsverdachtsfälle gemeldet werden, können die Familien zu Hause besucht werden. Bei den Eltern gibt es zwei Formen der Reaktion: sie wissen von nichts oder sie spielen alles herunter. Es kooperieren aber alle Familien zu 100%. Die Jugendlichen wollen alle von ihrer Meinung überzeugen! Normalerweise gibt es 70 - 80 Fälle pro Jahr, in den letzten zwei Monaten waren es bereits 40 Fälle. Die Radikalisierung findet haupt-

¹ Bei der Normverdeutlichung wird durch die Polizei eine präventive Rechtsaufklärung in Form einer Normverdeutlichung gem. § 38b Sicherheitspolizeigesetz (SPG) durchgeführt. Der Betroffene wird nachweislich über rechtskonformes Verhalten belehrt und über Rechtsfolgen aufgeklärt, um weitere Straftaten zu verhindern.

² <https://www.bildung-wien.gv.at/service/Presse/Presseaussendungen/Beh-rden-bergreifende-Vernetzung-als-Pr-ventionsstrategie.html>

sächlich durch das Internet statt, das größte Problem ist TikTok. Am radikalsten erweisen sich die Konvertiten (christliche Menschen die zum Islam wechseln) und auf Prediger im Internet hören. Die Jugendlichen werden immer jünger - bereits 10/11 Jährige sind betroffen, früher waren es eher 13 bis 17 Jährige. Das Verhältnis Burschen zu Mädchen ist ausgewogen. Der Antisemitismus steigt. Jugendliche wissen z.B. nicht, dass bereits das Verschicken von Hitlerbildern oder Bildern mit Hakenkreuz nach dem Verbotsgesetz strafbar ist. Bei Verstößen gegen das Verbotsgesetz werden Hausdurchsuchungen durchgeführt und das Handy kann für längere Zeit abgenommen werden. Sehr problematisch sei, dass muslimische Kinder ihren Religionslehrer:innen nicht mehr glauben und dass strenggläubige Muslime ihre Kinder vom Religionsunterricht abmelden, weil nicht mehr der „richtige Islam unterrichtet werde“.

Pia Unger von der BIDI stellt Unterlagen und Projekte vor:

Handlungsleitfaden bei Suspendierungen

Gemeinsam stärker

EU Projekte

Gewalt und Hass: Rechtsanwaltschaft klärt auf

Auf der Website des Ministeriums finden sich österreichweite Maßnahmen.

Mag. Leonie Knez stellt die Hotline der BIDI vor:

9 - 18 Uhr von Mo bis Fr in der Schulzeit, in der unterrichtsfreien Zeit 9 - 12 Uhr, Di und Do.

Im Schuljahr 22/23 gab es 80 Anrufe, sie kamen meist von Eltern von Volksschulkindern.

In den ersten drei Monaten dieses Schuljahres gab es auch schon 80 Anrufe, 62% kamen von Eltern, es gab noch keine Anrufe von Schüler:innen. Sie verweist auf den Krisenerlass.

Mag. Julia Thalhammer stellt das Projekt Familie in Schule (FiSch)³ vor. Gearbeitet wird mit Eltern und Kindern im Unterricht einmal pro Woche in der Volksschule. Es soll eine gegenseitige Unterstützung von Elternhaus und Schule erreicht werden. Derzeit findet das in drei Schulen statt, eine Ausweitung ist geplant.

SQM Mag. Markus Idlhammer stellt das Projekt Mehrstufige Klassen im 12. und 20. Bezirk vor. Es betrifft 1843 Schüler:innen auf der 5. und 6. Schulstufe im APS Bereich mit einem zwei- oder mehrjährigem Schuljahrverlust. Ziel ist die Erreichung des Pflichtschulabschlusses.

Astrid Böhme stellt die Kompetenzstelle Kinderschutz vor. Es handelt sich um eine Arbeitsgruppe unterschiedlicher Organisationen, die Zielgruppe sind Führungskräfte, Lehrer:innen, Menschen die mit Kindern arbeiten, am Thema Interessierte. Ziel ist die Erreichung eines Kulturwandels, wenn das gelinge, werde sich die Gruppe wieder auflösen. Sie grenzt sich aber klar von Krisenfällen ab.

SQM Patrick Wolf stellt SEISMO vor, ein Projekt im 20. Bezirk. Es geht um Vernetzung - Wahrnehmung - Aktion. Da man als Einzelner nicht alles allein stemmen könne, müsse gemeinsam gehandelt werden und dazu sei es sehr vorteilhaft wichtige Akteure persönlich zu kennen.

SQM Horst Tschakner bespricht das Thema Suspendierungen und stellt den Leitfaden vor. Es gehe vor allem darum, was Lehrer:innen tun können, damit es erst gar nicht zu einer Suspendierung komme. Suspendierung ist eine Sicherheitsmaßnahme, keine Erziehungsmaßnahme! Schulsozialarbeiter können Familien zu Hause besuchen, Eltern zu Gesprächen einladen, die von diesen angenommen werden müssen. Wenn das nicht der Fall ist, muss die Jugendwohlfahrt verständigt werden. Er verweist auf die Anzeigepflicht und das Normverdeutlichungsgespräch und auf die genaue Dokumentation der Fälle. Es müssen auch Rückkehrpläne für die betroffenen Schüler:innen ausgearbeitet werden.

³ <https://www.fisch-online.info/index.html>

Mag. Claudia Pollach stellt das Peer to Peer Modell vor. Dieses gibt es derzeit nur in Wien. Es wird an 65 der 98 AHS angeboten, 44 AHS nehmen das Ausbildungsangebot der ARGE in Anspruch (22/23 gab es 1100 Seminaranmeldungen). Jugendliche werden ausgebildet bei Problemfällen andere Jugendliche zu unterstützen und Lösungen zu finden. Die Ausbildung erfolgt in Form einer Unverbindlichen Übung mit zwei externen Fortbildungen.

In der Pause kann man auf bereit gelegten Zetteln Fragen und Anmerkungen zum Themen aufschreiben, diese werden im zweiten Teil behandelt. Die Ergebnisse zusammengefasst:

Die Fake news im Internet stellen ein großes Problem dar, die Aus- und Fortbildung der Lehrpersonen muss entsprechend angepasst werden. **Himmer** meint, die BIDI müsse sich viel mehr mit den diversen Plattformen auseinandersetzen.

Gegenseitiges Lob zwischen **BIDI** und **Rechtsanwaltskammer** gibt es für die Zusammenarbeit, die als sehr erfolgreich bezeichnet wird. 2023 wurden um 43% mehr Schulen und um 66% mehr Klassen als 2022 erreicht.

Grundsätzlich muss die Information verbessert werden, das wird Aufgabe der Schulqualitätsmanagerinnen sein. Eine bundesweite Plattform ist im Entstehen. Die Schulen müssen auch die Eltern an Bord holen, es ist aber zu klären, was Aufgabe der Schule sein kann und was nicht. Auf jeden Fall fehlen Sozialarbeiter:innen. Gewalttäter:innen können auch selbst Gewaltopfer gewesen sein, das muss berücksichtigt werden.

Himmer lobt die gute Zusammenarbeit mit der PH Wien. Dort muss auch vermehrt Thema sein, welchen neuen Herausforderungen sich die Wiener Lehrer:innen stellen müssen.

Ein **Schülervertreter** fordert härtere Konsequenzen im Zusammenhang mit Antisemitismus. **Himmer** verweist auf die Rolle der Religion. Was kann der Religionsunterricht in diesem Bereich beitragen?

Carla Baghajati von der islamischen Glaubensgemeinschaft sieht im Religionsunterricht ein wichtiges Element und einen stabilisierenden Faktor. Sie verweist auf das Projekt des gemeinsamen Schulbesuches von Imam und Rabbiner, das sehr erfolgreich verlaufe. Der Konflikt in Nahost sei politisch, nicht religiös motiviert.

Auf die Bemerkung, dass es bei Kontakten mit Eltern oft sprachliche Schwierigkeiten gebe, antwortet **Himmer**, dass digitale Mittel für die Übersetzungen eingesetzt werden können. Das Verstehen können sei möglich, das Verstehen wollen oft problematisch. Kommunikation müsse auf Augenhöhe erfolgen.

Die Lehrer:innen fühlen sich mit der Situation überfordert. Pädagog:innen können nicht alles leisten, auch Schulleitungen bei großen Schulen seien überfordert. Es wird eine mittlere Managementebene gefordert. **Himmer** verweist auf den Schulsozialarbeiterausbau.

Bei der Polizei sind die **Sicherheitskoordinator:innen** die ersten Ansprechpartner für Lehrer:innen.

Eine **Lehrerin** fragt nach Regelungen für Quereinsteiger:innen. Diese hätten oft völlig andere Vorstellungen von dem, was sie an der Schule tatsächlich erwartet.

Zuletzt wird das Beispiel einer Schülerin erzählt, die zum Islam konvertierte, weil ihr in der Schule gesagt wurde: "Aus dir wird eh nix". Da wollte sie dann einen Tschetschenen heiraten, dafür brauche sie keine Ausbildung.